

**Einladung zur
Delegiertenversammlung
29. Mai 2010
Stadtcasino
in Frauenfeld
Beginn 11.00 Uhr**

*Wichtig: Die Delegierten erhalten mit diesem Heft eine Delegiertenkarte.
Diese muss zu Beginn der Delegiertenversammlung am Eingang des Ta-
gungsortes gegen eine Stimmkarte ausgetauscht werden. Wir erinnern die
Delegierten daran, dass verlorene oder vergessene Delegiertenkarten nur
in äussersten Notfällen ersetzt werden können.*

Für Anträge bitte Adresse oder E-Mail auf Seite 7 verwenden

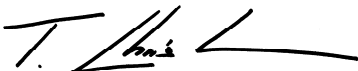
Liebe Genossinnen und Genossen

Über 70% der Bevölkerung sagten anfangs März Nein zum Rentenabbau. Der Erfolg war überwältigend, das Signal klar. Verstanden wurde es aber offenbar nicht von allen. Unmittelbar nach der Abstimmung verabschiedete die bürgerliche Mehrheit im Parlament die nächste Abbauvorlage: Ausgerechnet in wirtschaftlich schwierigen Zeiten soll die Arbeitslosenversicherung geschwächt werden. Und in der Sommersession sollen jetzt auch noch die AHV-Renten gekürzt werden. Dagegen wehren wir uns. Die beiden Abbauvorlagen werden auch an unserer Delegiertenversammlung in Frauenfeld ein Thema sein.

Gleichzeitig gehen wir in der Sozialpolitik auch in die Offensive und zeigen unsere konkreten Projekte und Perspektiven auf. Perspektiven etwa für alle diejenigen, die 100% arbeiten und trotzdem nicht genügend Einkommen haben, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Oder Perspektiven für alle diejenigen, die sich ein transparentes und kostengünstigeres System der Krankenkassen wünschen – und damit auch tiefere Prämien. Darum werden wir an der kommenden Delegiertenversammlung auch darüber sprechen: Über eine Initiative über einen Mindestlohn und über eine allfällige Initiative für eine nationale Gesundheitskasse.

Mit den ausgewählten Themenschwerpunkten aus dem Kerngebiet der SP ist also für eine spannende und lebendige Diskussion im Thurgau gesorgt. Ich freue mich schon jetzt darauf.

Mit besten Grüßen



Thomas Christen
Generalsekretär SP Schweiz

Terminüberblick zum Ablauf der Programmrevision bis zum ordentlichen Parteitag vom 30./31. Oktober 2010 in Lausanne mit ausserordentlicher Antragsfrist

6. April	Versand Programmentwurf an die Sektionen und antragsberechtigten Organe in <i>deutscher und französischer Sprache</i>
7. April	Präsentation im Rahmen einer Medienkonferenz Veröffentlichung im Internet
31. Juli	Ablauf der Antragsfrist I für Sektionen, Kantonalparteien und antragsberechtigten Organe zum Programmentwurf. E-Mail: programm-antraege@spschweiz.ch
20. August	Sitzung der Geschäftsleitung: Diskussion und Stellungnahmen zu den eingegangenen Anträge
10. September	Sitzung der Geschäftsleitung: zweite Lesung zum überarbeiteten Parteiprogramm
15./16. September	Versand II deutsch und französisch an alle angemeldeten Parteitags-Delegierten und Gäste
11. Oktober	Ablauf der Antragsfrist II für Parteitags-Delegierte

Ordentliche Fristen zum Parteitag vom 30./31. Oktober

28./29. Juni	Versand I der Parteitags-Unterlagen an die Sektionen und antragsberechtigten Organe
6. September	Ablauf der Anmeldefrist für Delegierte und Gäste (Diese Frist kann nicht verlängert werden)
6. September	Ablauf der Antragsfrist für Sektionen und Kantonalparteien zu weiteren Parteitagsgeschäften
10. September	Sitzung der Geschäftsleitung: zu Parteitagsgeschäften (Verabschiedung der definitiven Traktandenliste)
15./16. September	Versand II deutsch und französisch an alle angemeldeten Parteitags-Delegierten und Gäste
11. Oktober	Ablauf der Antragsfrist II für Parteitags-Delegierte
30./31. Oktober	Ordentlicher Parteitag in der Universität Lausanne

Provisorische Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom Samstag, 29. Mai 2010, Stadtcasino in Frauenfeld

Beginn 11.00 Uhr – ca. 15.30 Uhr

- 11.00 1. **Eröffnungsgeschäfte**
Grussbotschaft von Claudius Graf-Schelling, Regierungsrat Thurgau
Grussbotschaft von Barbara Kern, Präsidentin Kantonalpartei Thurgau
Wahl der StimmzählerInnen
Genehmigung der Traktandenliste
Genehmigung des Protokolls der DV vom 27. Februar 2010 in Bern
- 11.30 2. **Mitteilungen**
- 11.35 3. **Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR**
- 12.00 4. **Eidgenössische Gesundheitskasse – Der Weg zu zahlbaren Krankenkassenprämien?**
Round Table:
Pierre Yves Maillard, Staatsrat, Gesundheitsdirektor Waadt
Simonetta Sommaruga, Ständerätin Bern
Jacqueline Fehr, Vizepräsidentin SP Schweiz und Nationalrätin Zürich
Verabschiedung Resolution
- 13.00 5. **Sozialabbau stoppen!**
Nein zum Abbau bei der Arbeitslosenversicherung:
Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 26. September 2010
Kurzpräsentation durch: Edith Graf-Litscher, Nationalrätin Thurgau

Nein zum Rentenklau II:
Beschluss des Referendum zur 11. AHV-Revision:
Kurzpräsentation durch: Stéphane Rossini Vizepräsident SP Schweiz und Nationalrat Wallis
- 13.30 6. **Rede Moritz Leuenberger, Bundesrat**
- 14.00 7. **Poetry Slam mit Lara Stoll**

14.15 8. Mindestlohn für alle oder Boni für wenige?

Streitgespräch zur Lancierung der Initiative:

Paul Rechsteiner, Präsident Schweiz. Gewerkschaftsbund, Nationalrat SG

Marina Carobbio, Vizepräsidentin SP Schweiz und Nationalrätin Tessin

Thomas Held, Direktor Avenir Suisse *angefragt*

Reiner Eichenberger, Professor für Finanzwissenschaft an der
Universität Fribourg, *angefragt*

Offenes Mikrofon

Lancierung der Initiative

15.00 9. Statutarische Geschäfte

Verabschiedung Rechnung 2009

Wahl der Revisionsstelle

15.15 10. Resolutionen**15.30 11. Schluss / Apéro**

Wichtige Hinweise

DV-Unterlagen

1. DV-Heft mit Traktandenliste
2. Delegiertenkarte

Protokoll

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 27. Februar 2010 kann im Internet unter <http://www.sp-ps.ch/index.php?id=44> eingesehen und heruntergeladen werden.

Anträge

Alle Anträge müssen bis **Dienstag, 18. Mai 2010, 09.00 Uhr** bei uns im Sekretariat sein.

Antragsberechtigt sind die Resolutionen der Geschäftsleitung und des Präsidiums sowie die statutarischen Geschäfte

Resolutionen

Resolutionen, müssen bis **Dienstag, 18. Mai 2010, 09.00 Uhr** im Zentralsekretariat eintreffen. Diese werden vom Zentralsekretariat übersetzt und an der Delegiertenversammlung als Tischvorlage aufgelegt.

Wo müssen Anträge und Resolutionen hingeschickt werden?

SP Schweiz, Delegiertenversammlung, Spitalgasse 34, Postfach, 3001 Bern
Fax: 031 329 69 70, E-Mail: dv@spschweiz.ch
Telefonische Auskunft zur DV, Ruth Straubhaar: 031 329 69 81

Empfehlungen der Geschäftsleitung Tischvorlage

Die Tischvorlage mit den Stellungnahmen der GL bzw. des Präsidiums zu eingegangenen Anträgen und Resolutionen wird ab Dienstag, 25. Mai 2010 ab 17.00 Uhr im Internet veröffentlicht www.spschweiz.ch/Partei/Delegiertenversammlung und am Samstag, 29. Mai den Delegierten verteilt.

Delegiertenkarten

Alle uns gemeldeten stimmberechtigten Delegierten erhalten mit diesen Unterlagen ihre Delegiertenkarte. Diese muss an der DV am Empfangsschalter gegen eine Stimmkarte eingetauscht werden. Wir machen darauf aufmerksam, dass verlorene bzw. zu Hause liegengelassene Delegiertenkarten an der Delegiertenversammlung nur in äussersten Fällen ersetzt werden können!

Wortmeldungen und Anträge

Die Wortmeldezettel liegen an der DV beim Podium bereit. Sie müssen gut leserlich und komplett ausgefüllt dem/der TagungssekretärIn vorne beim Podium eingereicht werden. Anträge sind ebenfalls schriftlich mit dem Wortmeldezettel zu stellen.

Simultanübersetzung

Die Verhandlungen werden simultan französisch/deutsch und deutsch/französisch übersetzt. Aus Kostengründen bitten wir, dass nur jene Teilnehmerinnen und Teilnehmer Kopfhörer beziehen, die auf die Simultanübersetzung angewiesen sind. Die Kopfhörer müssen unbedingt nach der DV wieder beim Ausgang zurückgegeben werden.

Verpflegung während der Delegiertenversammlung

Während der ganzen Tagung ist ein Getränke- und Snackbuffet eingerichtet.

Zugsverbindungen

Die Zugsverbindungen mit den wichtigsten Schnell- & Intercityzügen nach Frauenfeld sind ersichtlich aus den Fahrplaninformationen unter www.sbb.ch/fahrplan und beim Rail Service 0900 300 300 (ChF 1.19/Min).

Tagungsort / Anreise mit dem öffentlichen Verkehr

Das Stadtcasino in Frauenfeld befindet sich direkt am Bahnhofplatz gegenüber dem Bahnhof in Frauenfeld und ist in 2 Minuten zu Fuss erreichbar.

Situationsplan



R-1 Resolution des Präsidiums (*Traktandum 4*)

Eidgenössische Gesundheitskasse: Die Zeit ist reif

Ausgangslage:

In der Schweiz gibt es rund 90 Krankenkassen, die sich unter dem Titel „freiheitlicher Wettbewerb“ darum balgen, möglichst viele gesunde Versicherte anzuwerben. Das kostet einige Millionen an Werbeausgaben und Provisionen, bringt aber kaum Vorteile für die Kundinnen und Kunden. Das heutige System des Kassenwettbewerbs führt zu stossenden Ungleichheiten und verletzt die Grundsätze einer Sozialversicherung massiv. Zudem fehlt es an Transparenz und an Gesamtverantwortung. Die Prämien sind in den letzten Jahren trotz (und teilweise wegen) des Wettbewerbs überdurchschnittlich stark gestiegen. Die Solidarität hat abgenommen, weil junge, wohlhabende und gesunde Versicherte mit hohen Wahlfranchisen ihre Prämien stark reduzieren können, während Familien sowie ältere und chronisch kranke PatientInnen umso mehr zur Kasse gebeten werden. Diesen Entwicklungen wollen wir nicht länger tatenlos zuschauen: Eine eidgenössische Gesundheitskasse nach dem Vorbild von AHV und SUVA soll in Zukunft die Durchführung der obligatorischen Krankenversicherung an die Hand nehmen.

Wozu braucht es eine eidgenössische Gesundheitskasse?

Eine obligatorische Grundversicherung ist unbestritten.

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für alle gewährleistet sein, unabhängig vom Einkommen und Vermögen. Das ist nur möglich mit einer allgemeinen Versicherung, die von Gesunden und Kranken gemeinsam getragen wird. Deshalb hat die Schweizer Bevölkerung 1994 dem Krankenversicherungsgesetz mit der obligatorischen Grundversicherung zugestimmt. Die Krankenversicherer sind seither verpflichtet, alle in der Schweiz wohnhaften Personen unabhängig von ihrem Alter und ihrem Gesundheitszustand zu den gleichen Bedingungen in die Versicherung aufzunehmen.

90 Krankenkassen liefern sich einen Pseudo-Wettbewerb.

Von der Vielzahl von privaten Krankenversicherern erhoffte man sich einen Wettbewerb, der zu Kostensenkungen und innovativen Versicherungsmodellen führt. Statt dessen konzentrieren sich die Kassen auf die Jagd nach sogenannten guten Risiken, sprich jungen, gesunden Männern. Diese Risikoselektion lohnt sich aus Sicht der Krankenversicherer, denn sie können damit Geld sparen – allerdings auf Kosten der älteren und chronisch kranken Versicherten. Dieser Pseudo-Wettbewerb nützt niemandem etwas und untergräbt den Solidaritätsgedanken, wie er dem Krankenversicherungsgesetz zugrunde liegt.

Eine eidgenössische Gesundheitskasse ist ökonomisch sinnvoll.

In einer obligatorischen Versicherung macht Wettbewerb keinen Sinn oder hat gar schädliche Auswirkungen, wie sich am Beispiel der Risikoselektion zeigt. Eine eidgenössische Gesundheitskasse spart Verwaltungskosten und kann auf kostentrei-

bende Marketing-Aktivitäten verzichten. Dafür lohnt es sich für sie, in Prävention zu investieren und Behandlungsprogramme für chronisch Kranke wie z.B. DiabetikerInnen zu entwickeln. In solchen Programmen arbeiten ÄrztInnen, Pflegende und TherapeutInnen nach fachlichen Richtlinien mit der Patientin oder dem Patienten zusammen. Damit wird zugleich die Qualität verbessert und es werden Kosten eingespart. Die Krankenversicherungen zögern heute, sich in solchen Modellen zu engagieren: Sie wollen auf keinen Fall attraktiv werden für chronisch Kranke und damit kostspielige PatientInnen.

Prämienwirrwarr und Intransparenz müssen ein Ende haben.

Eine eidgenössische Gesundheitskasse schafft Transparenz über Kosten und Prämien. Prämienchocks, wie wir sie in den vergangenen Jahren kennen gelernt haben, werden der Vergangenheit angehören. Die Orientierung über Versicherungsmodelle und Prämien wird erleichtert. Mit der Einrichtung von kantonalen und regionalen Agenturen wird der direkte Kontakt zu den Versicherten weiterhin gewährleistet sein.

Die Zeit ist reif für eine öffentliche Gesundheitskasse.

Die Krankenkassen haben ihre Chance erhalten, doch sie haben sie nicht genutzt. Sie haben sich bis heute einem Risikoausgleich, der den Namen verdient, widersetzt. Sie gründen weiterhin sogenannte Billigkassen, um gute Risiken anzulocken, und treiben damit den Wettbewerbsgedanken ins Absurde. Sie haben wenig Interesse gezeigt an innovativen Versicherungsmodellen. Sie haben weder in Prävention noch in eine bessere Versorgungsqualität investiert. Die Prämien wachsen ungebremst weiter, ohne dass die Krankenkassen ernsthaft etwas dagegen unternehmen. Deshalb ist jetzt die Zeit gekommen für eine eidgenössische Gesundheitskasse.

Was muss eine Volksinitiative beinhalten?

Eine Volksinitiative für eine eidgenössische Gesundheitskasse enthält folgende Eckpunkte:

- Eine nationale öffentlich rechtliche Einrichtung mit regionalen Agenturen ist mit der Durchführung der obligatorischen Grundversicherung beauftragt.
- Es wird künftig eine Prämie pro Kanton geben, welche die tatsächlichen verursachten Kosten deckt.

Wie geht es weiter?

Es braucht dringend eine eidgenössische Gesundheitskasse. Es braucht aber auch eine möglichst breite Abstützung des Anliegens. Aus diesem Grund wird das Präsidium bis Mitte Mai mit befreundeten Organisationen Kontakt aufnehmen, um die Unterstützung für eine allfällige Volksinitiative möglichst breit abzustützen. Aufgrund der Resultate wird die Geschäftsleitung im Hinblick auf die DV in der Tischvorlage einen konkreten Antrag machen, welches die nächsten Schritte sein könnten.

Parolenfassung zur Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG) (Traktandum 5)

Abzocker belohnen – das Volk bestrafen?

Die SP will eine Arbeitslosenversicherung ALV, die diesen Namen auch verdient: Ein soziales Sicherheitsnetz, wie das die Arbeitnehmenden mit allem Recht von ihrem Staat erwarten. Ausgerechnet jetzt, wenn in einer wirtschaftlich so schwierigen Zeit immer mehr Menschen den sozialen Abstieg bedingt durch einen Stellenverlust fürchten, lancieren Bundesrat und bürgerliche Parteien eine Abbaurunde beim Arbeitslosenversicherungsgesetz AVIG. Dabei braucht es eine Offensive in der Qualifizierung und Weiterbildung statt weniger Schutz für die Betroffenen.

Die SP lehnt die AVIG-Revision entschieden ab, weil

- **sie ungerecht ist,**

Diese vorliegende Revision zerstört die Balance zwischen Flexibilität am Arbeitsmarkt und sozialer Absicherung. Werden jetzt die Leistungen gekürzt, trifft das genau jene Personen, die unverschuldet durch die Folgen der Krise ihre Arbeit verloren haben. Während die Bankmanager in den Teppichetagen bereits wieder Millionen-Boni kassieren, sollen Arbeitslose weniger Taggeld erhalten und in die Sozialhilfe abgeschoben werden.

- **sie unseriös finanziert ist,**

Die ALV ist in der Krise der Garant für soziale Sicherheit und ein wirkungsvoller Stabilisator. Die Wirkung ist einem Konjunkturprogramm mindestens ebenbürtig. Dieses Kernstück des Sozialstaats darf nicht über Jahre unterfinanziert sein. Die nun von den Bürgerlichen vorgeschlagene Sanierung dauert aber mindestens 16 Jahre. Eine starke ALV ist mit einem leicht erhöhten Lohnbeitrag sowie einer weiter gefassten Beitragspflicht problemlos zu finanzieren – und das Defizit liesse sich schneller abbauen.

- **sie ein fatales Signal zum Arbeitsstart aussendet,**

Gut ausgebildete junge Berufsleute müssten neu jede Arbeit annehmen, ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung. Die Zumutbarkeitskriterien sollen massiv verschärft, die Taggelder für unter 25-Jährige gekürzt und die Wartezeiten erhöht werden. Das ist schikanös, demotivierend und beeinträchtigt die Perspektiven der Jungen auf dem Arbeitsmarkt.

- **sie zentrale Instrumente gegen die Krise schwächt,**

Künftig soll es nicht mehr möglich sein, für Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit die Zahl der Taggelder auf 520 zu erhöhen. Gerade die aktuelle, regional sehr unterschiedlich ausgeprägte Krise zeigt aber, dass dieses Instrument sehr wichtig ist. Insbesondere in der Westschweiz konnten damit noch mehr Härtefälle vermieden werden. Die Aufgabe dieses Instruments widerspricht aller Vernunft.

- **die Probleme an Kantone und Städte abgeschoben werden,**
Der Bund spart mit seinen Kürzungen 600 Millionen Franken jährlich ein. Nur verschiebt er diese Kosten grösstenteils einfach an die Kantone und Gemeinden. Auch der Städteverband wehrt sich gegen die AVIG-Revision. Diese müssen mit Sozialhilfe einspringen, wenn die Zahl der Taggelder oder deren Höhe gekürzt wird.
- **wir weiterbilden statt aussteuern wollen.**
Rund ein Drittel der Arbeitslosen verfügen über keinen anerkannten Bildungsabschluss. Die Zeit von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit muss stärker und gezielter für eine verbesserte Qualifizierung und Weiterbildung genutzt werden. Nicht mit gekürzten Leistungen sondern mit Aus- und Weiterbildungen lässt sich verhindern, dass schlecht oder ungenügend qualifizierte Arbeitnehmende ihre Arbeit in Krisenzeiten immer wieder verlieren werden.

Antrag der GL: NEIN-Parole zur AVIG-Revision

R-2 Resolution der Geschäftsleitung (*Traktandum 5*)

Nein zum Abbau der AHV

Nachdem der Rentenabbau bei der zweiten Säule durch das Volk gestoppt wurde, wird jetzt die erste Säule zum Ziel bürgerlicher Angriffe. Mit der aktuellen 11. AHV-Revision sollen die Renten sinken, indem beim Teuerungsausgleich gekürzt wird. Als weitere bittere Pille umfasst die 11. AHV-Revision die Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen. Und schliesslich wird – obwohl seit Jahren versprochen – die soziale Frühpensionierung verweigert. Kurz: Die 11. AHV-Revision ist praktisch identisch mit jener, welche im Mai 2004 von der Stimmbevölkerung mit einer kräftigen Abfuhr quittiert wurde. Sechs Jahre später – und keinen Schritt weiter. Das darf nicht sein. Falls die Vorlage im Parlament nicht noch massiv verbessert wird, wird die SP das Referendum gegen diese Abbauvorlage ergreifen. Die Bevölkerung will keinen Abbau, sie will eine soziale Flexibilisierung des Rentenalters. Und dafür setzt sich auch die SP ein.

Das Parlament fährt die 11. AHV-Revision kompromisslos an die Wand. Das sozialpolitische Sündenregister der Bürgerlichen ist das altbekannte:

- Die Bürgerlichen senken die Renten, indem sie am Mischindex manipulieren! Das ist inakzeptabel. Es gibt keinen Grund, den Rentnerinnen und Rentnern irgendetwas wegzunehmen. Die Renten müssen regelmässig und angemessen an die Teuerung angepasst werden.
- Die Bürgerlichen erhöhen das Rentenalter der Frauen ohne jede Kompensation. Dabei war der Ausschlag für das wuchtige Nein von fast 70 Prozent im Jahr 2004 gemäss allen Abstimmungsanalysen ausgerechnet die weitere Erhöhung des Frauenrentenalters ohne sozialverträgliche Frühpensionierung.
- Die Bürgerlichen verhindern das flexible Rentenalter für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen. Seit mehr als einem Jahrzehnt, wird die Einführung einer sozialen Flexibilisierung versprochen. Es wäre Zeit, endlich Wort zu halten.

Bereits heute deckt die AHV – trotz ihres Verfassungsauftrags – nicht einmal das Existenzminimum. Die SP sagt darum entschieden nein zu einem weiteren Abbau. Bereits im Mai 2004 haben SP und Gewerkschaften gegen die praktisch geschlossenen Bürgerlichen und sämtliche Wirtschaftsverbände einen Abbau bei der AHV verhindert. Und auch bei der Rentenklau-Abstimmung vom 7. März hat eine breite linke Allianz den Sozialabbauern die rote Karte gezeigt. Gleiches werden wir mit einer erfolgreichen Referendums-Abstimmung gegen

den Raubbau an der AHV tun. Damit endlich der Weg frei wird für eine soziale Flexibilisierung des Rentenalters.

Bereits im Juni 2009 hat die SP-Delegiertenversammlung eine Resolution der SP Frauen „für eine neue, geschlechtergerechte und moderne Revision der AHV“ beschlossen. Diese hielt fest, dass die SP keine Vorlage akzeptieren kann, welche das Frauenrentenalter erhöht, ohne dass eine dauernde Flexibilisierungslösung gefunden wird. Nur durch die Verhinderung einer einseitigen Sparvariante wird der Weg für eine umfassende, moderne und den Bedürfnissen angepasste Revision frei. Für diese soziale Flexibilisierung des Rentenalters wird sich die SP auch weiterhin einsetzen.

Antrag der GL: Die DV gibt der Parteileitung den Auftrag, das Referendum gegen die 11. AHV-Revision in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften vorzubereiten und zu lancieren, sofern das Parlament an der einseitigen Abbauvorlage festhält.

Traktandum 8:

Lancierung Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn

→ Die Unterlagen zu diesem Traktandum folgen mit der Tischvorlage.

Traktandum 9. Statutarische Geschäfte

Bilanz 2009

Aktiven	31.12.2008	31.12.2009
Kasse	688	1'678
Post	1'134'538	1'246'386
Bank	255'322	205'011
Bank (Böhlen) SP Frauen	305	1'843
Bank (SAF) SP Frauen	107'599	77'368
Debitoren Kantonalparteien	167'675	113'592
übrige kurzfristige Forderungen	276'643	438'387
Transitorische Aktiven	227'455	206'147
Vorräte	21'590	24'348
Wertschriften (SPS & Böhlen Fonds)	8'730	16
Mobile Sachanlagen	28'301	40'000
Total Aktiven	2'228'845	2'354'777
Passiven		
Kreditoren	288'662	365'432
Verrechnungen Kantonalparteien	92'418	81'288
Transitorische Passiven	238'604	257'882
Darlehen	0	0
Böhlen-Fonds	9'021	1'843
SAF-Fonds	107'599	77'368
Rückstellungen Wahlen	100'000	100'000
Rückstellungen Kampagnen	270'000	390'000
Rückstellungen Investitionen Fremdadressen	59'941	4'433
Rückstellungen Neue Fundraisingprojekte	125'150	142'611
Rückstellungen Delkredere	99'222	79'704
Rückstellungen Allgemein	220'116	220'116
Eigenkapital	618'113	634'101
Total Passiven	2'228'845	2'354'777
Gewinnverwendung		
Eigenkapital am 31.12.	608'904	618'113
Ergebnis	9'209	15'987
Eigenkapital am 31.12.	618'113	634'101

Erfolgsrechnung 2009 - Kostenarten

	Rechnung 08	Budget 2009	Rechnung 09
Ertrag	6'186'380	4'383'000	4'443'752
Beiträge	2'069'947	2'056'000	2'014'867 1)
Mitgliederbeiträge	1'786'000	1'806'000	1'744'633
Solidaritätsbeiträge	283'947	250'000	270'234
Finanzbeschaffung	3'491'471	1'685'000	1'896'592 2)
Mitgliederspenden	408'495	460'000	403'136
Freie Spenden	3'063'498	1'200'000	1'443'852
übr. Spenden & Legate	19'478	25'000	49'604
Verkaufsertrag	223'088	225'500	120'973 3)
übriger Ertrag	401'874	416'500	411'320 4)
Total Betriebsertrag	6'186'380	4'383'000	4'443'752
Aufwand	-6'177'171	-4'382'593	-4'427'764
Produktionsaufwand	-2'261'141	-373'000	-464'922 5)
Personalaufwand inkl. Sozialversicherungen	-1'898'675	-1'992'090	-1'872'915 6)
übriger Personalaufwand	-45'976	-43'000	-44'859
Büro- und Verwaltungsaufwand	-697'036	-687'500	-665'119 7)
Werbeaufwand (Kampagnen)	-263'159	-756'000	-784'998 8)
Parteigremien/Aktivitäten	-207'456	-161'000	-144'251 9)
Parteitag	-110'357		-32'129
DV	-26'493	-66'000	-34'511
Einzelaktionen, Reformprojekte, Parteiprogramm, Kunstausstellungen	-70'606	-95'000	-77'611
Spesen	-136'965	-166'628	-138'880 10)
Spesen GL	-3'382	-12'000	-5'889
Spesen Kommissionen	-2'306	-5'000	-1'194
Spesen ZS-Personal	-	-8'000	-
Entschädigung & Spesen Präsidium und Vize-Präsidium	-102'715	-106'000	-95'848
Entschädigung & Spesen Frauen Präsidium	-12'132	-15'000	-15'000
übrige Spesen	-16'430	-20'628	-20'950
Beiträge (Organisationen & Mitgliedschaften)	-265'256	-25'000	-104'666 11)

Internationales	-36'689	-50'000	-30'638	12)
Beiträge SI und SE	-29'255	-36'000	-26'940	
Delegationen im Ausland	-6'517	-9'000	-3'085	
Delegierte aus dem Ausland	-917	-5'000	-613	
Rückstellungen	-220'000	-50'000	-120'000	13)
Abschreibungen	-142'904	-76'875	-42'003	14)
Finanzerfolg	-269	-1'500	1'687	
Ausserordentlicher Erfolg	-1'645	-	-16'201	15)
Reingewinn	9'209	407	15'987	

Erfolgsrechnung 2009: Kostenstellen

	Rechnung 08	Budget 09	Rechnung 09	
Zentrale Dienste	817'012	862'240	904'458	16)
Bildung	-78'304	-104'446	-95'012	17)
Fundraising	2'033'177	999'368	1'087'724	18)
Kampagnen	-1'885'153	-999'412	-1'053'802	19)
Publikationen	-529'039	-363'603	-410'446	20)
JUSO (Zentralsekretärin & Präsident)	-116'330	-143'658	-153'196	21)
SP Frauen (Zentralsekretärin & Sachaufwand)	-230'578	-250'083	-244'566	22)
Ergebnis SP Shop	-1'574	-	-19'173	23)
Reingewinn	9'209	407	15'987	

Anhang zur Jahresrechnung 2009

Entschädigung an die leitenden Organe

Den Mitgliedern der Geschäftsleitung werden die effektiven Spesen ausbezahlt. Der Parteipräsident erhält ein Jahressalär von 50 000 Franken und eine Spesenpauschale von 10 200 Franken. Vier Vizepräsidenten werden mit einer Entschädigung von insgesamt 24 000 Franken pro Jahr abgegolten, der JUSO-Präsident, der ebenfalls als Vizepräsident der SP amtiert, erhält rund 24 000 Franken pro Jahr netto (2000 Franken netto pro Monat). Die zwei Co-Präsidenten der SP-Frauen werden mit insgesamt 15 000 Franken entschädigt.

Nahestehende Organisationen

Folgende Organisationen und Institutionen sind der SP Schweiz nahestehend:

1. Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, Zürich
2. Solifonds Schweiz
3. Sozialistische Internationale SI, London
4. European Socialistes, PES

Die SP Schweiz leistet an die genannten Organisationen Mitgliedschaftsbeiträge zwecks Erfüllung von Zielen, die dem statutarischen Zweck der SP Schweiz entsprechen. Transaktionen, welche nicht in Zusammenhang mit den Mitgliedschaftsbeiträgen oder bezogenen Leistungen stehen, wurden nicht getätigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Wertschriften:	Kurswert
Forderungen:	Nominalwert
Mobiliar, Maschinen und Einrichtungen	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer (2-4 Jahre)
EDV:	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen aufgrund der Nutzungsdauer (2 Jahre)

Bilanz

Flüssige Mittel & Cashflow

Die flüssigen Mittel haben gegenüber dem Vorjahr um rund 34 000 Franken und die erweiterten flüssigen Mittel, die zusätzlich kurzfristig realisierbare Kontokorrentguthaben beinhalten, um rund 164 000 Franken zugenommen. Das Nettoumlaufvermögen veränderte sich um 38 000 Franken nach oben.

in TCHF	31.12.2008	Veränderung	31.12.2009
Kasse	0.7	+ 1.0	1.7
Post	1134.5	+ 111.8	1246.4
Bank	363.2	- 79.0	284.2
Flüssige Mittel	1498.5	+ 33.8	1532.3
Kontokorrentguthaben	254.4	+ 130.3	384.6
Erweiterte Flüssige Mittel	1752.8	+ 164.1	1916.9
Übriges Umlaufvermögen	439.0	+ 41.1	397.8
./. Kurzfristige Forderungen	- 619.7	- 84.9	- 704.6
Nettoumlaufvermögen	1572.1	+ 38.0	1610.2

Debitoren Kantonalparteien

Die ausstehenden Mitgliederbeiträge der Kantonalparteien weisen brutto einen Betrag von 114 000 Franken (Vorjahr 177 000 Franken) aus. Die Netto-Ausstände sind gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen von 75 000 auf rund 32 000 Franken.

in TCHF	31.12.2008	Veränderung	31.12.2009
Debitoren Kantonalparteien	167.7	- 54.1	113.6
Verrechnungen Kantonalparteien	92.4	- 11.1	81.3
Nettoforderung gegenüber Kanto-	75.3	- 43.0	32.3

Übrige kurzfristige Forderungen

Die übrigen kurzfristigen Forderungen steigen insgesamt um rund 162 000 Franken an. Neben kleineren Ausständen fällt vor allem die Forderung gegenüber der Fraktion für diverse Leistungen ins Gewicht. Dieses Guthaben wird auch zum Fonds Flüssige Mittel gezahlt, da die Forderung kurzfristig liquidiert wird.

Transitorische Aktiven

Insgesamt resultiert eine Abnahme von rund 21 000 Franken. In der aktiven Rechnungsabgrenzung bilden diverse provisorische Sozialversicherungsrech-

nungen und im Voraus bezahlte Rechnungen wie die Miete für den Januar die grössten Positionen.

Kreditoren

Die Kreditoren steigen um rund 77 000 Franken an. Hier sind Rechnungen für die Produktion von Fundraisingversänden enthalten. Weiter fallen nebst kleineren Beträgen die Druckrechnungen für die Abstimmungszeitung vom Oktober 2009 und der Beitrag an die Familienausgleichkasse für das zweite Semester 2009 ins Gewicht.

Transitorische Passiven

Die transitorischen Passiven nehmen um 19 000 Franken zu. Hier wirken sich vor allem offene Postporto-Rechnungen für Fundraisingversände und noch nicht genau bezifferbare Honorare für die Arbeiten für den Jahresabschluss aus.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Wahlen und Kampagnen belaufen sich mittlerweile auf 490 000 Franken, 80 000 Franken gelten als Abdeckung des Verlustrisikos von Debitoren, und 220 000 sind als allgemeine Rückstellungen zu betrachten. Im Rahmen der Fundraisingaktivitäten kommen Rückstellungen für Investitionen in Fremdadressen für die Fundraisingtätigkeit in der Höhe von rund 4000 Franken sowie eine Rückstellung für neue Fundraisingprojekte von 125 000 Franken (E-Fundraising und Legatswesen) hinzu.

Böhlen-Fonds

Die Mittelverwendung ist in einem separaten Organisationsreglement der SP Frauen geregelt. Über die Mittelverwendung können die SP Frauen im Rahmen des Organisationsreglements und des von ihnen eingereichten Jahresbudgets beschliessen. Eine detaillierte Abrechnung liegt vor.

SAF (Schweizerisches Arbeiterferienwerk)

Der Rückgang des Kapitals um rund 30 000 Franken erklärt sich mit Projektausgaben. Die Mittelverwendung ist in einem separaten Organisationsreglement der SP Frauen geregelt. Über die Mittelverwendung können die SP Frauen im Rahmen des Organisationsreglements und des von ihnen eingereichten Jahresbudgets beschliessen.

Erfolgsrechnung

Ertrag

1. Beiträge

Die Mitgliederzahlen sind leicht tiefer als budgetiert, weil bei einigen Kantonalparteien Korrekturen vorgenommen wurden, die auf eine Bereinigung im Zuge der Einführung der zentralen Mitgliederadressdatenbank Admo zurückzuführen sind. Deshalb wurden entsprechend weniger Mitgliederbeiträge eingenommen. Die Solidaritätsbeiträge hingegen konnten – über das Budget hinaus – gesteigert werden.

2. Finanzbeschaffung

Die Zahl der GönnerInnen, welche politische Kampagnen der SP Schweiz unterstützen, ist um rund 11 000 von 88 000 auf 99 000 gestiegen. Generell hängt die Spendenbereitschaft für die SP Schweiz vom allgemeinen Image ab, mit dem die Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Wichtig ist die Gruppe 2011. Sie umfasst gut 2300 Personen, welche die SP Schweiz mit regelmässigen freiwilligen Beiträgen unterstützen.

Die Finanzbeschaffung wird neu wie budgetiert netto ausgewiesen. Dies führt zu einer klareren Übersichtlichkeit und einer besseren Einschätzung der tatsächlichen finanziellen Situation. Der bisherige Bruttobetrag führte einerseits zu einer künstlichen Aufblähung der gesamten Rechnung und basierte andererseits bei der Budgetierung auf rein spekulativen Annahmen. Die Produktionskosten der Mitgliederspenden sind anders als noch budgetiert ebenfalls in den Gesamtproduktionskosten enthalten. Das Ergebnis der freien Spenden setzt sich wie folgt zusammen.

in TCHF	2008	2009
Bruttoertrag freie Spenden	3372.9	3372.7
Produktionskosten (inkl. Investitionen) *	– 2048.0	– 1928.9
Nettoertrag freie Spenden	1324.9	1443.8

*Unter die Produktionskosten fallen auch Investitionen, etwa in das Adresswachstum. Zudem teilen sich die Produktionskosten zur Hälfte in Sammelaufwand und zur anderen Hälfte in Informationsaufwand. Fundraising hat für die SP Schweiz beide Aspekte: Aufruf zum Spenden und Information über die Haltung der SP zu aktuellen politischen Themen.

3. Verkaufsertrag

Weil die Abstimmungszeitungen neu bis 2000 Exemplare gratis an die Sektionen und Kantonalparteien abgegeben werden (Kampagnenelement: Verbesserung der Dienstleistungen für die Kantonalparteien), ist hier ein starker Rück-

gang zu verzeichnen. Zudem hat die Kantonalpartei Zürich ihr Splitting im «links» abgeschafft, und eine Ausgabe des «links» wurde gestrichen. Daneben sind die Inserateneinnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise rückläufig, was ebenfalls zu Mindererträgen führt. Die budgetierten Verkäufe von Waren, Drucksachen und Dienstleistungen konnten zudem nicht erreicht werden, da diese Waren – ebenfalls im Sinne einer neuen Dienstleistung der Kantonalparteien gegenüber – neu möglichst zu Einstandspreisen den Sektionen und Kantonalparteien weiterverrechnet werden. Im Berichtsjahr wurde der Shop mit neuem Material ausgestattet aufgrund des neuen grafischen Auftritts. Dies bedingte grössere Abschreibungen auf dem Warenlager, weshalb im Shop ein Verlust resultiert.

4. Übriger Ertrag

Die Anzahl der Abonnemente der Roten Revue war auch 2009 rückläufig, was sich negativ auf die Einnahmen auswirkte. Ansonsten liegt der übrige Ertrag nahezu im Budget.

Aufwand

5. Produktionsaufwand

Wie bereits unter Punkt 3 erwähnt, wird die Finanzbeschaffung (Fundraising) neu wie budgetiert netto ausgewiesen. Dies hat zur Folge, dass der Produktionsaufwand gegenüber dem Vorjahr stark zurückgegangen ist, weil hier die Produktionskosten der Spendenbriefe wegfallen.

Der Produktionsaufwand liegt vor allem aufgrund der Abstimmungszeitungen zu den Volksabstimmungen zur Personenfreizügigkeit und zur Minarett-Initiative über dem Budget. Diese Abstimmungszeitungen wurden praktisch kostenlos an Kantonalparteien und Sektionen verteilt und deswegen in einer erheblich höheren Auflage produziert, was einen starken Kostenanstieg zur Folge hatte.

6. Personalaufwand inkl. Sozialversicherungen

In der Lohnsumme sind sämtliche Löhne enthalten, welche durch Partei und Fraktion ausbezahlt werden (AHV-Jahreslohnsumme). Mit den Sozialversicherungsbeiträgen, den eingenommenen Entschädigungen/Taggeldern der EO und der Krankentaggeldversicherung, mit den Personalverrechnungen (vor allem Fraktionsmitarbeitende) sowie mit den Honoraren für Übersetzungen und für Dritte konnte leicht unter dem Budget abgeschlossen werden.

7. Büro- und Verwaltungsaufwand

Der Büro- und Verwaltungsaufwand (Raumaufwand, Unterhalt und Miete Büromobiliar, Telefon, Porti, Kopien, Informatikaufwand) konnte etwas unter dem Budget gehalten werden.

8. Werbeaufwand

Im Werbeaufwand sind einerseits die Ausgaben für alle Abstimmungskampagnen enthalten. Die Kampagnenschwerpunkte im vergangenen Jahr lagen bei der Erweiterung der Personenfreizügigkeit, der Abstimmung über die IV-Zusatzfinanzierung und bei der Kampagne für die Komplementärmedizin. Der Einsatz bei diesen drei Kampagnen hat sich gelohnt: Alle drei konnten gewonnen werden (gesamte Kampagnentätigkeit siehe auch unten bei den Kostenstellen). Hinzu kamen Unterschriftensammlungen wie das Referendum gegen den Rentenklau. Gleichzeitig lancierte die SP ihren neuen grafischen Auftritt und implementierte diesen in der ganzen Schweiz. Die SP begleitete diesen Auftritt auch mit einer Kampagne. Der neue Auftritt wurde mittlerweile in praktisch allen Kantonen umgesetzt.

Der Werbeaufwand ist leicht höher als budgetiert ausgefallen, weil die Ausgabenplanung mit der neuen Werbeagentur bei der Budgeterstellung noch nicht im Detail bekannt war und diese noch zusätzlich zu den bereits bei der Budgetplanung absehbaren Abstimmungskampagnen kam. Die Initialkosten für die Einführung des neuen Auftritts (Erarbeitung, Zur-Verfügungstellen aller Materialien für die Kantonalparteien und Sektionen und Mitarbeit bei der Umsetzung in allen Gliederungen der SP) fielen aufgrund der schnellen Einführung in der gesamten Schweiz bereits alle 2009 an.

9. Parteigremien/Aktivitäten

Im Berichtsjahr wurde eine Delegiertenversammlung durch einen ausserordentlichen Parteitag ersetzt (Lancierung Volksinitiativen). Dies erklärt die Budgetüberschreitung bei der Position Parteitag und die Budgetunterschreitung bei den Delegiertenversammlungen. Gesamthaft betrachtet konnte jedoch das Budget gut eingehalten werden.

10. Spesen

Die Spesen der Geschäftsleitung fielen deutlich tiefer als budgetiert aus. Auch bei den (Fach-)Kommissionen wurden nicht alle Spesen geltend gemacht. Die Spesenentschädigungen des Präsidiums konnten ebenfalls unter dem Budget abgeschlossen werden. Die Spesen für das «ZS-Personal» wurden unter «Spesenentschädigung Personal» im übrigen Personalaufwand verbucht. Bei den übrigen Spesen handelt es sich insbesondere um Tagungsspesen (Koko) und um Spesen für die Kampagnentätigkeit.

11. Beiträge

Die Beiträge wurden zu tief budgetiert, weshalb hier eine Budgetüberschreitung resultiert. Unter Organisationen/Projektbeiträge werden die fälschlicherweise im Personalaufwand budgetierten JUSO-Personalkosten (wurde im Hinblick auf das Budget 2010 nun geändert) und weitere kleinere Beiträge an Or-

ganisationen verbucht. Die Mitgliederbeiträge enthalten ebenfalls kontinuierliche Mitgliedschaften, weshalb auch hier das Budget 2010 angepasst wurde.

12. Internationales

Die SP Schweiz hat 2009 gemeinsam mit der Fraktion rund 20 Delegierte an internationale Treffen im In- und Ausland entsandt, so an die Gründungsversammlung des Abrüstungskomitees der Sozialistischen Internationalen in Berlin, im Vorfeld der UN-Frauenrechtskommission ans globale NGO-Forum zu Peking+15 in New York, an den Kongress der SP Europa in Prag und an die Vorstandssitzung und Konferenz der Union der SP Kommunal- und RegionalpolitikerInnen Europas (USKRE) in Budapest. Sie nahm regelmässig an den Vorstandssitzungen der SP Europa (SPE) in Brüssel teil, entsandte Delegierte in das Netzwerk der SPE für Finanzmarktpolitik und jenes für Klimaschutz und Energiepolitik. Zudem hatte die SP-Fraktion den SP-Aussenminister aus Luxemburg zu Gast und organisierte einen Stand am Kongress der AuslandschweizerInnen.

13. Rückstellungen

Aufgrund des guten Rechnungsabschlusses konnten Rückstellungen für Kampagnen in der Höhe von 120 000 Franken gebildet werden.

14. Abschreibungen

Aufgrund tieferer Investitionen musste weniger abgeschrieben werden.

in CHF	1.1.	31.12.	Investition	Abschreibung	Saldo
Maschinen und Mo-	9300	12200	2900	6700	5500
EDV-Anlagen (inkl.	19 001	53 298	34 297	26 798	26 500
Internet	0	5079	5079	2579	2500
Werbematerial	0	11 426	11 426	5926	5500
Total	28 301	82 003	53 702	42 003	40 000

15. Ausserordentlicher Erfolg

Der negative Saldo von a. o. Erträgen und Aufwänden ist begründet durch Bereinigungen in der Debitorenbuchhaltung und einer fehlerhaften Abgrenzung der Vizepräsidiumsspesen im Vorjahr.

Kostenstellen

16. Zentrale Dienste

Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen, Solidaritätsbeiträgen, Mitgliederspenden sowie Personal- und Gemeinkosten werden dieser Kostenstelle zugewiesen. Unter dem Sachaufwand werden die Parteiaktivitäten, Spesenentschädigungen an die leitenden Organe, Beiträge an internationale Organisationen sowie Beiträge an Delegationen im und aus dem Ausland verbucht. Die Budgetunterschreitung von rund 42 000 Franken ist durch tiefere Personal- und Gemeinkosten sowie tieferen Sachaufwand begründet.

17. Bildung

Die Kostenstelle Bildung beinhaltet vier Koordinationskonferenzen, eine Energietagung, einen Genderworkshop sowie den Bildungsfonds. Zudem sind die Kosten der Bildungsseite des links hier verbucht. Und neu hinzu kam das Bildungsprogramm «Junge Perspektiven» (Nachwuchsförderung) mit sechs Anlässen. Das Budget wurde unterschritten, weil einige Anlässe weniger gekostet haben als budgetiert. Ausserdem wurde das zweckgebundene Geld im Bildungsfonds nicht abgeholt.

18. Fundraising

Das Fundraising wird neu netto ausgewiesen, weshalb die Kostenstelle Fundraising gegenüber dem Vorjahr kleiner geworden ist. Die Nettodarstellung führt zu einer klareren Übersichtlichkeit und einer besseren Einschätzung der tatsächlichen finanziellen Situation. Der bisherige Bruttobetrag führte einerseits zu einer künstlichen Aufblähung der gesamten Rechnung und basierte andererseits bei der Budgetierung auf sehr spekulativen Annahmen (siehe Finanzbeschaffung). Durch das bessere Fundraisingergebnis ist hier trotz etwas höheren Gemeinkosten klar über dem Budget abgeschlossen worden.

19. Kampagnen

Das vergangene Kampagnenjahr war reich befrachtet: Mit ihren engagierten Kampagnen zur Erweiterung der Personenfreizügigkeit, für die IV-Zusatzfinanzierung, zum Betäubungsmittelgesetz sowie für die Komplementärmedizin trug die SP entscheidend dazu bei, dass diese Vorlagen im Volk eine Mehrheit fanden. Dieser Erfolg war leider den Kampagnen gegen die Minarett-Initiative und gegen den Waffenexport nicht beschieden. Auch die Volksrechte wurden kräftig genutzt. Anfang 2009 reichte die SP mit Partnerorganisationen die Waffenschutz-Initiative ein. Und gegen den Rentenklau sammelte sie gemeinsam mit anderen Organisationen über 200 000 Unterschriften. Im Sommer lancierte die SP ihren neuen grafischen Auftritt und begleitete diesen mit einer Kampagne, wobei sie unter anderem als erste Schweizer Partei einen professionellen Kinospot einsetzte. Der neue Auftritt wurde mittlerwei-

le in praktisch allen Kantonen umgesetzt – alle Kosten für die Vorlagen für die Kantonalparteien und deren Unterstützung sind ebenfalls im Betrag enthalten. Höhere auf die Kampagnenabteilung verteilte Gemeinkosten führen zu einer Personal- und Gemeinkostenüberschreitung. In dieser Kostenstelle sind auch Gutschriften aus dem Fundraising an die Kantone enthalten.

20. Publikationen

Für die Kampagnen zu den Volksabstimmungen zur Personenfreizügigkeit und zur Minarett-Initiative wurden zwei Abstimmungszeitungen in hoher Auflage produziert, die an Kantonalparteien und Sektionen verteilt wurden, von diesen aber nur zu einem kleinen Teil (meistens ein Pauschalbetrag) mitfinanziert wurden. Den grossen Rest von rund 45 000 Franken bezahlte die SP Schweiz. Hinzu kommt das schlechtere Ergebnis der Roten Revue als Erklärung für die Budgetüberschreitung.

21. JUSO

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin (70% Stelle) und die Lohnkosten des Präsidenten der JUSO Schweiz (pauschale Entschädigung) sowie die Infrastrukturkosten. Im 2009 hinzu gekommen sind Gemeinkosten (Büro, Porto, Telefon, etc.) der Kampagnenmitarbeitenden der 1:12-Initiative. Der Sachaufwand wird durch die JUSO selber finanziert.

22. SP Frauen

Die SP Schweiz finanziert die Personalkosten der Zentralsekretärin der SP Frauen, die Infrastrukturkosten sowie den Sachaufwand. Die Budgetüberschreitung begründet sich in etwas tieferen Gemeinkosten.

23. Shop

Im Berichtsjahr wurde der Shop mit neuem Material ausgestattet aufgrund des neuen grafischen Auftritts. Dies bedingte grössere Abschreibungen auf dem Warenlager, weshalb im Shop ein Verlust resultierte und eine Abschreibung des Darlehens der SP Schweiz an den SP Shop nötig wurde. Der Shop verkauft neu die Artikel zum Einstandspreis an Kantonalparteien, Sektionen und Mitglieder. Damit übernimmt er eine interne Dienstleistungsfunktion und ist nicht mehr gewinnorientiert. Das Warenlager ist per Ende Berichtsjahr zum Einkaufspreis bewertet und stellt im jetzigen Zeitpunkt keine Risiken dar

Prüfungsbericht zur Eingeschränkten Revision an die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP Schweiz), Bern

Als beauftragte Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) der SP Schweiz für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Bei der geprüften Jahresrechnung der SP Schweiz handelt es sich um die konsolidierte Darstellung, in der auch die Genossenschaft SP-Shop und der Verein SP-Info enthalten sind.

Für die Jahresrechnung ist die Geschäftsleitung verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine Eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

BERO Treuhand AG

Roland Laube
Dipl. Wirtschaftsprüfer

Gelterkinden, 30. März 2010

Wahl Revisionsstelle (Traktandum 9)

Antrag der Geschäftsleitung

Als Revisionsstelle für die Jahre 2009 und 2010 schlägt die Geschäftsleitung die bisherige BERO Treuhand AG in Gelterkinden vor. Diese wird durch Roland Laube vertreten.

Begründung: Gemäss Statuten Art. 4 bst. r wählt die Delegiertenversammlung die Revisionsstelle. In den letzten Jahren hat die BERO Treuhand AG dieses Mandat übernommen. Wir haben bisher sehr gute Erfahrungen gemacht. Aus diesem Grund schlägt die Geschäftsleitung sie zur Wiederwahl vor.